

Zusatzkredite 1. Serie: **Der Krug geht zum Brunnen bis er bricht**

Am 21. Dezember 2011 brachte es die Mehrheit des Gemeinderates fertig, das Budget 2012 um rund 6 Millionen Franken zu verschlechtern. Schliesslich hatte der Stadtrat ja einen Überschuss von 6.7 Millionen Franken geplant. Das weckte sofort zusätzliche Ansprüche der Etablierten aus allen Parteien.

Die NZZ von gestern beschreibt gut, was diesem Treiben offenbar Vorschub leistet. Die traditionell denkenden, eigenverantwortlichen Leute werden immer mehr aus der Stadt getrieben und durch Zitat „Bildungsschichten und Begüterte mit idealistischem Weltbild“ ersetzt. „Diese Mischung neigt bei aller Verschiedenheit zu etatistischen Ansprüchen.“

Wenn man „idealistisch“ durch „Niemandem verpflichtet“ und „etatistisch“ mit „der Staat zahlt alle meine Wünsche“ übersetzt, dann bemerkt man das explosive Gemisch dieser neuen, insbesondere durch Links-grüne- und Möchtegernetrend-Parteien geförderten Politik. Solche Politik kann sich nur im Zustand allgemeiner Hochkonjunktur entwickeln und muss gerade in Zürich zwangsläufig dann zum Scheitern führen, wenn der Verdauungstrakt der Finanzbranche nicht mehr Goldtaler, sondern allenfalls warme Luft in die Stadtkasse spült und auf der anderen Seite der Ausbau der netto wertschöpfungsfreien Staatswirtschaft seinen stetigen Lauf nimmt.

Genauso verhält es sich mit den Zusatzkrediten I. Serie 2012. Das seinerzeit frenetisch gefeierte ausgeglichene Budget 2012 wird schon 6 Monate später handstreichartig in ein defizitäres mit einem Minus von 29 Millionen Franken verwandelt. Und geht es nach der Mehrheit des Parlamentes, so sollen sogar noch 3.9 Millionen Franken oben drauf gesetzt werden.

Die Zusatzkreditanträge zeichnen sich durch eine Reihe unnötiger Ausgaben aus, die nur dann gestellt werden können, wenn eben Geld keine Rolle spielt und wenn von den anderen bezahlt wird.

Ganz besonders sticht das weitere, immense Ausgabenwachstum von über 11 Millionen Franken bei den Betreuungsplätzen heraus. Es scheint, dass diese Entwicklung nicht einmal mehr beim Stadtrat sorgenfrei verfolgt wird. So rechnet das Schulamt gemäss einiger seiner Vertreter mit Totalinvestitionen von 230 Millionen Franken und jährlich wiederkehrenden Nettoausgaben von rund 100 Millionen Franken. Dies bei einem Deckungsgrad von gerade einmal 23%! Geradezu ein Paradebeispiel für die Klientelpolitik zu Gunsten der Bildungsschichten und Begüterten mit idealistischem Weltbild. Hier ist ein radikales Umdenken notwendig, die Reissleine zu ziehen und die Subventionspraxis subito zu ändern. Anderenfalls bricht der Krug schon bald bevor er den Brunnen erreicht!

Überhaupt kein Verständnis hat die SVP für etliche Kreditübertragungen (genauer ersichtlich unter den Ablehnungsanträgen 26, 27, 28 und 29). Sie widersprechen aus unserer Sicht klar dem Finanzhaushaltsgesetz des Kantons und der Finanzverordnung der Stadt Zürich, Art. 5, Abs. 2, wonach für eine Kreditübertragung ein innerer Zusammenhang Voraussetzung und zwingend ist!

Bei der Kreditübertragung zu Gunsten der AOZ gibt der Stadtrat sogar schriftlich zu, dass diese Übertragung keinen inneren Zusammenhang hat!

Um das Geld trotzdem ausgeben zu können springt heute offenbar eine Mehrheit des Gemeinderates in die Bresche und macht, von sich aus, aus einer Kreditübertragung einen ordentlichen Zusatzkredit. Dies führt, wie eingangs erwähnt, zu einer Verschlechterung des Budgets um 3.9 Millionen Franken zu Gunsten vorläufig aufgenommener Asylbewerber, die mehr als 10 Jahre im Lande sind, also solche, die sich trotz negativem Asylbescheid weigerten, die Schweiz zu verlassen.

In seiner Zuschrift mit dem Titel „Kompetenzen des Gemeinderates im Zusammenhang mit Zusatzkrediten und Kreditübertragungen“ vom 4. Juli 2012 erachtet der Rechtskonsulent des Gemeinderates das Stellen von Zusatzkrediten als unzulässig. Unter Punkt 17 heisst es darüber hinaus: „Meines Erachtens bestehen darüber hinaus aber grundsätzliche Bedenken, dass der Gemeinderat im laufenden Rechnungsjahr Änderungen am Budget vornimmt.“

Aus diesen Gründen behält sich die SVP vor, die Rechtmässigkeit der entsprechenden Entscheidungen beim Bezirksrat anzufechten.

Weitere Auskünfte:

Gemeinderat Mauro Tuena, Fraktionschef SVP (Tel. 079/ 414 55 51)

Gemeinderat Roger Liebi, Präsident der RPK (Tel. 079/ 787 45 77)

Gemeinderat Daniel Regli, Mitglied der RPK (Tel. 078/ 656 85 53)